

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10 301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.
Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.
Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3006. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August und 2. bis 8. August ist der 30. und 31. Wochenbeitrag fällig.

Wirtschaftliche Belastung der Arbeiterschaft.

Täglich kann man hören, die Arbeiterschaft verschleße sich dem Staatsgedanken, ja, sie verleugne den Staat und was dergleichen nette Dinge mehr sind. Wir wollen nicht näher auf die politische Seite dieser Angelegenheit eingehen, sondern nur auf die Kämpfe der Arbeiterschaft für die Republik, also für den modernen Volksstaat hinweisen, die allein schon genügen, dieses demagogische Geschrei niedriger zu hängen. Aber wir haben noch wichtigere Argumente gegen diese durchsichtigen Ausstreunungen, und zwar auf wirtschaftlichem Gebiet, dem eigentlichen Arbeitsfelde der Gewerkschaften.

Bekanntlich hat der ermordete Reichsfinanzminister Erzberger angesichts der dem Reiche auferlegten Lasten des verlorenen Krieges eine Steuerreform vorgenommen, die den Ländern ihre frühere Steuerhöhe nahm und diese restlos auf das Reich übertrug, weil nur dieses von unseren ehemaligen Feinden finanziell in Anspruch genommen werden konnte. Bei dieser Reform spielte auch die sogenannte Besteuerung an der Quelle eine Rolle, d. h. man wollte ohne Verwaltungskosten und Zeitverlust die Steuerobjekte gleich an ihrem Ursprung erfassen. Die gesamte Arbeitnehmerschaft Deutschlands spielte dabei gewissermaßen das Versuchskaninchen, indem man eine Lohnsteuer einführt, bei der die Einkommensteuer durch den Arbeitgeber gleich vom Lohn innebehalten werden mußte. Bei der Höhe der Steuern im allgemeinen war natürlich dieses System — abgesehen von verschiedenen Härten — das einzig mögliche, weil sonst überhaupt kein Arbeitnehmer in der Lage gewesen wäre, seine Steuern zu entrichten.

Im Laufe der Inflationsjahre hat sich aber nun herausgestellt, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft mit diesem System bis zu 92 Proz. der gesamten Steuereinnahmen Deutschlands aufgebracht hat, ein Zustand, der gewiß die staatszerhaltende Gesinnung rühmlich beleuchtet, aber andererseits auch die schamlose Ungerechtigkeit einer Besteuerung aufdeckt, bei der es möglich ist, daß alle Land- und Sachwertbesitzer, die also nicht durch die Inflation enteignet wurden, sich trotz der verschiedensten Steuern nur mit 8 Proz. an der Aufrechterhaltung des Staates beteiligten.

Diese Abwälzung der Staatslasten seitens der „nationalen“ Besitzenden auf die Besitzlosen, denen man obendrein noch Mangel an Nationalgefühl vorwirft, hat aber auch im Zeitalter der Währungsstabilisierung noch angehalten. Nach amtlichen Aufstellungen des Reichs sind im Etatsjahr 1924 durch die Lohnsteuer 18,2 Proz., durch veranlagte Einkommen nur 12,2 Proz. des Steuersolls gedeckt worden. Berücksichtigt man weiter, daß die Umsatzsteuer, welche doch auch hauptsächlich auf den Minderbemittelten lastet, 26,2 Proz., die Biersteuer 7 Proz., Branntweinsteuer 1,9 Proz., Zuckersteuer 2,8 Proz. aufbrachten und obendrein noch aus der Beförderungssteuer, die ja auch zu erheblichen Teilen den Berufsverkehr des Arbeitenden trifft, 4,3 Proz. herausgeholt wurden, während die Weinsteuer nur 1,3 Proz., die Vermögenssteuer nur 7,2 Proz. und die Kapitalverkehrssteuer gar nur 2,3 Proz. des Bedarfs lieferten, dann wird man die Erbitterung der arbeitnehmenden Massen über derartige unsoziale Maßnahmen vollkommen verstehen.

Da nun infolge der Annahme des Dawes-Gutachtens eine wesentliche Erleichterung der Reparationsausgaben eingetreten ist und andererseits auch einzelne Steuern etwas reichlicher geflossen sind, weist der laufende Reichsetat einen buchmäßigen Überschuß von rund 1500 Millionen Mark auf. Es wäre nun nichts naheliegender, als die auf den Schultern der Schwächsten liegenden Steuern entsprechend zu ermäßigen, aber leider hat

die Rechtsregierung gerade den entgegengesetzten Weg beschritten. Neben einigen kleinen Erleichterungen der Lohn- und Umsatzsteuer sehen die neuen Steuervorlagen der Regierung und das Steuerüberlastungsgesetz hauptsächlich Vergünstigungen für die Einkommensteuer der Selbstverschätzer und für die Körperschaftssteuer vor, alles andere stellt lediglich kleine Verschiebungen von der einen zur anderen Steuer dar. Insgesamt umfassen die Massensteuern immer noch 87,1 Proz. der gesamten Einnahmen, sodaß die steuerliche Belastung einer vierköpfigen Familie heute 750 M., gegen 340 M. in der Vorkriegszeit beträgt.

Demgegenüber hat die sozialdemokratische Partei eine Herabsetzung der Steuerlast auf den tatsächlichen Staatsbedarf, eine Durchsichtigmachung der Steuern durch Offenlegen der Steuererklärungen und eine Verteilung der Gesamtlast nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit gefordert.

Daß dies dringend nötig ist, ergibt sich nicht nur aus dem Vorhergesagten, sondern auch aus den schon wiederholt an dieser Stelle behandelten Schutzzollplänen der Regierung. Mit nicht weniger als 150 M. wird eine vierköpfige Familie allein schon durch die Lebensmittelzölle belastet, ganz zu schweigen von den Zöllen auf Textilien, Leder- und Eisenwaren.

Den Befürwortern der Zollvorlagen scheint deshalb selbst manchmal nicht recht wohl zu sein, denn der Gegensatz zwischen Schwer- und Fertigungindustrie einerseits, sowie Industrie und Landwirtschaft andererseits wird immer größer und spielt sich auch schon in aller Öffentlichkeit ab. Deswegen sind die Schutzzöllner eifrig bestrebt, das ganze Gesetz im Eilzugstempo durchzupeitschen, was aber glücklicherweise vereitelt worden ist. Man hat vielmehr eine Enquetekommission für Agrarfragen errichtet und deren Gutachter, Prof. Dr. Aereboe und Sering, sind abermals zu einer vernichtenden Kritik des „Schutzzollprogramms ohne Begründung“ gekommen. Sering wies auf die starke Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle im Jahre 1906 hin, die sogar zu Fleischkrawallen geführt habe. Milchzölle trafen die heranwachsende Generation mit voller Wucht. Die weltwirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich seit damals wesentlich geändert. Deutschland sei überbevölkert, seine Kulturfläche reiche zur Selbstversorgung nicht aus. Auch die früher stark agrarischen Ostländer hätten Bevölkerungszuwachs und Anbau rückgang, wodurch ein Mehrbedarf an 100 Millionen Doppelzentnern Getreide entstanden wäre. Infolgedessen seien die Preise gestiegen, der Absatz stocke aber, weil die europäische Kaufkraft zusammengebrochen ist. Wir müßten allein 4,5 Millionen Hektar neuen Landes in Bewirtschaftung nehmen können, um den Mehrbedarf zu erzeugen, diese fehlten aber. Die Lasten aus dem Friedensvertrag forderten verstärkten Export, der aber durch Repressalien der mit hohen Zöllen bedachten Länder zur Unmöglichkeit gemacht werden könnte.

Ähnliches führte auch Aereboe an und wies noch darauf hin, daß die jetzige Aufstellung der Zollsätze geradezu Prämien für solche Bodenprodukte bedeuten, die außerhalb Deutschlands erzeugt würden. Die Lebenshaltung der Arbeitenden werde durch die bestimmt zu erwartende Teuerung und durch Exportkrisen mit schwerer Arbeitslosigkeit tief herabgedrückt und führe zur Stilllegung des Inlandsmarktes. Steigerung der Produktion durch Industrialisierung der Landwirtschaft wäre das Gebot der Stunde, und eine solche Umstellung sei durchaus möglich.

Auch andere Sachverständige erklärten, daß sich die Preise für Industrieprodukte, die die Landwirtschaft brauche, stark gesenkt hätten, sodaß die Preisschere nicht mehr zugunsten der Industrie offen stehe. Schließlich wiesen Ärzte auf die unheilvollen Folgen einer Teuerung für die Volksgesundheit hin.

Jedenfalls befindet sich Deutschland nicht in einer so rosigten Lage, um mit allen möglichen Völkern, wie jetzt z. B. mit Polen, Frankreich und vielleicht auch noch England im Zollkrieg leben zu können. Die dadurch eintretenden Stockungen des deutschen

Wirtschaftslebens könnten so unheilvoll werden, daß ein erneuter Zusammenbruch wahrscheinlich wäre. Deshalb gebietet schon der Selbsterhaltungstrieb allen Arbeitern, sich mit aller Kraft gegen Zölle zu wehren und gebieterisch deren allmählichen Abbau in allen Staaten zu fordern. Anerkennenswert ist, daß auch die christlichen Gewerkschafter im Zentrum unter Stegerwalds Führung Ablehnung der Vorlage fordern und sich damit in einen erfreulichen Gegensatz zu den Gärtnerchristen setzen, die unbekümmert um alle Gesetze der Volkswirtschaft und Logik auf Zöllen für den Gartenbau herumreiten, nur um von Seiten der Gartenbauern ob ihrer „Intelligenz“ gelobt zu werden und sich bei ihnen beliebt zu machen.

Ein weiterer Raubzug auf die Börsen der Minderbemittelten ist ohne viel Aufhebens seitens der Hausbesitzer im Steueraussschuß des Reichstags eingeleitet worden. Die Rechtsparteien haben dort auf dem Umwege über die Neuregelung der Hauszinssteuer eine sprunghafte Erhöhung der heutigen Mieten auf den Vorkriegsstand und darüber hinaus bis zum 1. April 1926 erreicht. Nun bleibt die Entscheidung des Plenums abzuwarten und wir hoffen, daß dieser Anschlag zunichte gemacht wird. Nach den Plänen der Regierung und der hinter ihr stehenden Rechtsparteien soll die Miete noch mehr als bisher zum Steuerobjekt gemacht werden, indem bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete 20—30 Proz. derselben für den allgemeinen Finanzbedarf des Reichs beansprucht werden. Weitere 15—20 Proz. sollen zur Förderung der Bautätigkeit Verwendung finden, und schließlich soll ab 1. April 1926 der jetzige Anteil des Hausbesitzers an der Miete in Höhe von 30 Proz. auf 50 Proz. gesteigert werden. Überdies behält sich die Regierung die Festsetzung der Mieten selbst vor, schaltet also den Reichstag aus und will den Ländern noch Zuschläge auf die Mieten einräumen. Kurz und gut, die Friedensmiete würde nicht nur recht bald erreicht, sondern sogar erheblich überschritten sein, trotzdem schon heute die rückständigen Mieten sich beängstigend häufen.

Man fragt sich immer wieder mit Staunen, wo diese Leute die Frechheit zu solchen Experimenten hernehmen. Auf der einen Seite will man die Löhne tief halten, auf der anderen knallt man dem Arbeiter Steuern auf, daß ihm Hören und Sehen vergeht, setzt ihn auf die Straße, wenn's Geschäft mal nicht mehr so geht, belastet ihn dafür aber noch extra mit Zöllen und erhöht die Miete. Selbst aber drückt man sich von allen Verpflichtungen und schimpft wie ein Rohrsperrling auf den Staat. Ist es unter solchen Verhältnissen nicht geradezu verwunderlich, daß die Gepeinigten noch Ruhe bewahren? Ist es aber nicht auch Selbstmord, wenn sich viele unserer Arbeitsbrüder noch abseits ihrer eigenen Selbsthilfeeinrichtungen, der Gewerkschaften, stellen, anstatt in Reih und Glied gegen ihre Knechtung, für ihre Freiheit zu kämpfen?

Die Antwort mag sich jeder selbst geben, sie kann nicht schwer fallen, man braucht nur an den letzten großen Betrug, den Aufwertungsschwindel, zu denken. Mit der Prophezeiung, alle Sparguthaben u. dgl. mit 100 Proz. aufzuwerten, hat man bei den letzten Wahlen politischen Gimpelfang betrieben, um hinterher rücksichtslos zu erklären, das Staatsinteresse verbiete die Einlösung dieses Versprechens. Man hat einen Kompromißentwurf der Regierungsparteien eingebracht, alle Besserungsanträge der Sozialdemokraten fast ohne Erörterung niedergestimmt und so eine furchtbare Enttäuschung unter den Sparern und Gläubigern zugunsten der Schuldner hervorgerufen.

Jetzt hat man nun den Reichspräsidenten von Hindenburg, den man als Retter aus allen Nöten gepriesen und gewählt hat, angerufen. Er soll einen Volksentscheid herbeiführen, hat dies aber, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt.

Und warum das alles? Weil sich das arbeitende Volk bei den Wahlen nicht klar war, keine einwandfreie Mehrheit im Parlament geschaffen hat. Zersplitterung hat es geschwächt, Mißtrauen seinen Blick getrübt, heute erntet es die Früchte dieser Dummheit, anstatt als Sieger dazustehen und seine eigenen Interessen gegen die Ausbeuter aller Art wahrzunehmen. **Lernen wir aus der Geschichte, schließen wir uns wieder eng zusammen, dann wird alles wieder gut werden!**

Bedeutung Lohnerhöhungen eine neue Inflation?

In der Unternehmerpresse mühen sich gegenwärtig allerhand Leute mit der Frage ab, ob unsere Währung bereits so gefestigt sei, daß die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Schädigung derselben getragen werden könne. Die Artikelschreiber in der „Berliner Börsen-Zeitung“, der „Industrie- und Handelszeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ kommen merkwürdigerweise übereinstimmend zu dem Schluß, daß Lohnerhöhungen die Währung gefährden würden und eine neue Inflation die Folge sein müsse. Auf diese Art sucht man die Öffentlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium sowie die Schlichtungsinstanzen von Schiedssprüchen abzuhalten, die eine Lohn- und Gehaltserhöhung vorsehen. Es ist

notwendig, dieser Sache auf den Grund zu gehen, um falsche Vorstellungen zu verhüten.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Erörterungen von der bekannten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dieser Minister der Schwerindustrie glaubte die Warnung aussprechen zu müssen, die Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben. Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmerpresse diese tiefgründige Betrachtungsweise lobte und die Stellungnahme des Ministers mit lebhaftem Applaus begrüßte.

Die betreffenden Artikel der „B. B. Z.“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ sind sich in den wesentlichen Gesichtspunkten gleich, sodaß es genügt, die Ausführungen der „B. B. Z.“ unter die Lupe zu nehmen. Diese erwähnt in ihrer Nummer vom 21. April, daß der Zahlungsmittelumlauf bereits 4,5 Milliarden betrage, dazu seien zu rechnen: die diskontierten und rediskontierten Wechsel in einer Gesamthöhe von etwa 1,2 Milliarden Mark, ferner die nicht diskontierten Wechsel in Höhe von 300 Millionen Mark, damit sei der gesamte Zahlungsmittelumlauf des reichen Deutschland der Vorkriegszeit erreicht. „Jedes weitere Aufblähen des Zahlungsmittelumlaufs muß die Kaufkraft des Geldes weiter verringern und schließlich zu einem Zustand führen, wo Geldentwertung und Preisverteuerung wieder in den unaufhaltsamen Kreislauf der Inflation kommen.“ Auf diese Deduktion fußend, warnt die „B. B. Z.“ vor Lohnerhöhungen, da zu einer Lohnerhöhung von beispielsweise 10 Prozent ein Kapitalbedarf von 500 Millionen Mark notwendig sei. Da diese Geldmittel nicht vorhanden seien, müßten entweder die Läger verschleudert oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Reichsbank würde die erforderlichen Kredite nicht bewilligen, sondern mit einer erneuten Kreditkürzung antworten. Nachdem dieser entsprechend aufgeputzte Popanz gezeigt wurde, malt die „B. B. Z.“ folgendes Schreckensgespenst an die Wand:

„Hinter der Kreditrestriktion als dem letzten Mittel des Währungstechnikers gegen die von der Wirtschaftsseite her drohenden Inflationsgefahren stehen deshalb Erstarren der Wirtschaft, Betriebs Einschränkungen, Arbeitslosigkeit, Herausströmen der Masse auf die Straße, politische Unruhen und Notmaßnahmen der Regierung, die, koste was es wolle, aus innenpolitischen Gründen Zahlungsmittel zur Belebung des Güterumlaufs zur Verfügung stellen muß, selbst wenn dies auf Kosten der Währung geht. Denn in der letzten Phase einer solchen Entwicklung würde der Druck der Masse so groß werden, daß kein Bankgesetz, kein Währungskommissar und keine Währungstechnik das unaufhaltsame Durchbrechen der Schranken und das Hereinbrechen der neuen Inflation verhüten könnten.“

Lassen wir den Artikelschreiber der „B. B. Z.“ mit seiner Phantasie, als habe eine Lohnerhöhung die Revolution im Gefolge, sich weiter abmühen und beschäftigen wir uns mit den reinen Tatsachen. Zunächst erscheinen uns die Ziffern, mit denen die „B. B. Z.“ jongliert, nicht den Tatsachen zu entsprechen. In der Vorkriegszeit schwankte die Zahl der in Deutschland gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten um 19 Millionen. Wenn man für die Nachkriegszeit 18 Millionen Beschäftigte annimmt, dann dürfte ungefähr das Richtige getroffen sein. Die der Versicherungspflicht unterliegenden gewerblichen Arbeiter und Angestellten hatten ein durchschnittliches Einkommen im Jahre 1913 von 1215 M. Für die Gegenwart einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1600 M. angenommen, würde eine 10 prozentige Lohnerhöhung einen augenblicklichen Kapitalmehrbedarf von ungefähr 250 Millionen M. erfordern. Die „B. B. Z.“ operiert mit der doppelten Summe, der Zweck ist sehr durchsichtig.

Als wenig stichhaltig erweist sich auch die Annahme, daß Wechsel als umlaufende Zahlungsmittel zu betrachten seien. Ganz abgesehen davon, daß Wechsel als Zahlungsmittel nur wenig zirkulieren, ist es in der Vorkriegszeit niemand eingefallen, den seinerzeit viel höheren Wechselbestand als dem Geld gleich zu achtende Zahlungsmittel zu betrachten. Weshalb soll man heute auf die weder theoretisch bewiesene noch praktisch in Erscheinung tretende Deduktion hereinfallen?

Die „B. B. Z.“ nimmt selbst an, daß der zu Lohn- und Gehaltserhöhungen benötigte Mehrbedarf von Kapital zunächst aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß die zur Verfügung stehenden disponiblen Mittel hierzu nicht ausreichen. Die benötigten Summen müßten durch Kredite herbeigeschafft oder die zur Ingangsetzung der Betriebe aufgenommenen Auslandsanleihen müßten zu Lohnzahlungen herangezogen werden. Herr Dr. Meisinger spricht in einem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ von konsumierten Auslandskrediten. Der Zufall will es, daß sich in derselben Nummer der „B. B. Z.“ die Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April befindet, wo ein weiterer Rückgang des Zahlungsmittelumlaufs um 105 Mill. M. und ferner eine Ermäßigung der Wechselanlage um 64 Mill. M. festgestellt wird. Der Reichsbankstatus vom 23. April zeigt eine weitere erhebliche Besserung. So ging die Wechsel- und Lombardanleihe um 167 Mill. M. zurück, Banknoten und Reichsbankscheine sind in Höhe von 284 Mill. M. an die Reichsbank zurückgeflossen. Garnicht beachtet wird von den Flaumachern der Unternehmerpresse, daß, wenn zunächst auch die Mittel zur Ver-

fügung gestellt werden, sie aber später durch durchgreifende und großangelegte Rationalisierung der Produktion wieder hereingeholt werden können. Zum Teufel auch, was die Unternehmer anderer Länder können, müßten doch auch die deutschen Unternehmer fertig bringen! Wo bleibt hier die so vielgerühmte Initiative der deutschen Wirtschaftsführer?

Die deutsche Wirtschaft wirft doch heute schon ganz ansehnliche Überschüsse ab. Abgesehen von reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des Kapitals gewiß notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt. Die der Kapitalistenklasse in Gestalt von Dividenden und Tantiemen zufließenden Beträge sind nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Wir bestreiten diese Auffassung, weil wir der Meinung sind, daß eine gutentlohnende Arbeiter- und Angestelltenschaft von sich aus in Form von Sparkapital diejenigen Summen dem Geldmarkt zuleiten dürfte, die die Wirtschaft zu ihrer Belebung braucht. Wenn der der Kapitalistenklasse zufließende Mehrwert der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen würde, dann fände nur eine Verschiebung in den Einkommen der beiden Klassen, Lohnarbeiter und Kapitalisten, statt. Die Währung würde dadurch nicht im geringsten gefährdet.

Ganz unberücksichtigt gelassen wird die Wirkung, die die Löhne auf den Innenmarkt ausüben. Die kolossale Belebung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptsache von der enormen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig, deshalb das Bestreben, ausländische Absatzmärkte zu gewinnen. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen ebenfalls einen nicht geringen Absatzmarkt darstellt, wird gewöhnlich übersehen oder man gleitet mit einigen Phrasen darüber hinweg. Dies tut z. B. Dr. Meisinger, der in dem Artikel der I. und H. folgendes zum Besten gibt: „Es bleibt aber leider unbeachtet, in welchem außerordentlichen Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hineingestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer Acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Inland nicht zu sehr der deutsche wie der ausländische Produzent einen Vorteil habe.“ Gegen solche Ausführung lohnt es sich nicht zu polemisieren. Demgegenüber halten wir an der volkswirtschaftlich richtigen Meinung fest, daß eine Hebung der Kaufkraft die deutsche Wirtschaft derart befruchten würde, daß Wirtschaftskrisen ihre Schrecken verlieren hätten.

Das deutsche Unternehmertum samt seinen journalistischen Klopffechtern muß sich mit der Anschauung vertraut machen, daß das arbeitende Deutschland auf die Dauer nicht gewillt ist, sich mit einem Bruchteil der Einkommenssätze zu begnügen, die den ausländischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Die geforderten Lohn-erhöhungen, selbst wenn sie generell mit 10 Prozent bewilligt würden, gleichen die Spanne zwischen den deutschen und ausländischen Löhnen der maßgebenden Industriestadtansicht aus. Deshalb treten wir auch ferner mit aller Entschiedenheit für Lohn-erhöhungen ein. Sie bedeuten keineswegs eine neue Inflation und können von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Keine Inflationsgefahr.

Auf eine vom Verband Sächsischer Industrieller bei der Reichsbank gestellte Anfrage, ob die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine angeblich bevorstehende zweite Inflation irgend-eine Grundlage in den Verhältnissen hätten, teilt das Reichsbankdirektorium folgendes mit:

„Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationistische Momente zeige, wie die immer stärker einsetzende Lohn- und Preisbewegung, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, erwiesen, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres, auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,0 im Durchschnitt des Monats Juli 1924 auf 132,8 im Monat Oktober und auf 138,2 im Monat Januar 1925 gestiegen, um, auf den Stichtag des 15. April des Jahres berechnet, wieder auf 131,4 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs eine inmerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhange mit der Preisbildung am Weltmarkt und sind, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indexziffer beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mit bedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus berechtigen daher durchaus nicht ohne weiteres zu dem Schluß, da hierbei Kaufkraftänderungen der Geldseite vorliegen. Schließlich möchten wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute so stark ist, daß sie ohne weiteres allen Bedrohungen der Währung entgegenzutreten vermag. Wir müssen es auf das schärfste verurteilen, wenn durch unverantwortliche Zeitungsartikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird in einer Zeit, in der eine ruhige Entwicklung namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen zur Wiederbelebung des Spartriebes doppelt wünschenswert erscheint.“

Helfferrich gegen die Schutz Zollpolitik.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die wissenschaftlichen Arbeiten des verstorbenen deutschnationalen Führers und ehemaligen Staatssekretärs Helfferrich selbst den Verfechtern der Schutz Zollpolitik anscheinend unbekannt geblieben sind und daß sie sein Buch über Handelspolitik, speziell das 9. Kapitel über die landwirtschaftlichen Zölle nicht einmal gelesen haben. Nachfolgend einige Auszüge aus dem vorerwähnten Kapitel, die unseren Lesern auch zur Durchsicht empfohlen werden.

„Das Mißverhältnis zwischen Bodenwert und Bodenertrag ist der Kern der Notlage der Landwirtschaft.“

„Nach den Erfahrungen, daß der Verkehrswert des Bodens stets der Erhöhung seines Reinertrages noch vorausgeeilt ist, muß man mit Sicherheit erwarten, daß die durch den gesteigerten Zollschutz zu bewirkende Erhöhung der Reinerträge sich abermals äußern würde, mindestens in einer entsprechenden, vielleicht in einer mehr als verhältnismäßigen Steigerung der Bodenpreise.“

„Kurz, der Zoll würde zwar eine Art Kapitalschenkung für die gegenwärtigen Besitzer bedeuten, aber er würde die Lage der deutschen Landwirtschaft gerade durch die weitere Erhöhung der Bodenpreise nicht nur nicht verbessern, sondern direkt verschlechtern.“

„Kann man dem Staat ernstlich zumuten, daß er durch seine Zollpolitik eine hinreichende Verzinsung dieses übertriebenen hohen Bodenwertes gewährleiste?“

„Die große Masse der Bevölkerung ist in Einkommensverhältnissen, bei denen jede starke Erhöhung der Getreide- und Brotpreise den Verbrauch von entbehrlicheren und teureren Dingen einschränken muß. Je billiger das Brot, desto mehr kann die breite Masse der Bevölkerung vor allem an Fleischnahrung verbrauchen. Je höher die Brotpreise, desto mehr wird der inländische Fleischverbrauch eingeschränkt werden müssen, mit desto niedrigeren Fleischpreisen werden sich die Viehzüchter zufrieden geben müssen. In dieser Beziehung ist derjenige Teil der landwirtschaftlichen Betriebe, der vorwiegend Viehzucht treibt, geradezu an niedrigen Getreidepreisen interessiert, doppelt interessiert an billigen Preisen für Futtermittel, die zugunsten des vorwiegend ackerbautreibenden Teiles der Landwirte gleichfalls mit hohen Zöllen belastet werden sollen. Nun ist die Viehhaltung, wie die folgende Übersicht zeigt, relativ am stärksten gerade bei den kleinen und mittleren Betrieben.“

„Hier zeigt sich noch deutlicher als vorher, daß im allgemeinen nur die großen Besitzer ein mehr scheinbares Interesse an einer Erhöhung der Getreidezölle haben.“

„Nun ist es eine feststehende Tatsache, daß im allgemeinen in den wohlhabenden Schichten der Bevölkerung, in denen mehr an Fleisch, an Zucker usw. verbraucht wird, der Brotverbrauch geringer ist, als in den unteren Schichten, die mehr auf überwiegende Brotnahrung angewiesen sind. Ein Zoll auf Getreide trifft deshalb die ärmeren Klassen nicht nur relativ stärker, sondern auch mit einem absolut höheren Betrag als die günstiger gestellten Klassen.“

„Damit ist vom sozialpolitischen Standpunkt aus das Urteil über die Wirkung der Getreidezölle gesprochen.“

„Die Nahrung des industriellen Arbeiters gehört mit zu den Produktionskosten der Industrie. Je höher die Preise der Nahrungsmittel, desto höher die industriellen Produktionskosten.“

„Eine Herabsetzung der Lebenshaltung der großen Massen, eine Zunahme der Auswanderung, eine leidensvolle Zurückdämmung der Bevölkerungszunahme, das ist die Perspektive, die uns die Erfüllung der agrarischen Forderungen eröffnet. Vielleicht möchten dann die Agrarier am letzten Ende recht behalten mit ihrer Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft bei ausreichend hohen Preisen imstande ist, den deutschen Nahrungsbedarf ausschließlich zu versorgen; aber nicht weil dann die deutsche Landwirtschaft entsprechend mehr produziert, sondern weil die deutsche Bevölkerung weniger konsumiert, weil sie in ihrer Zahl herabgedrückt und auf schmale Rationen gesetzt wird.“

„Nach den Herren vom Bund der Landwirte hat Deutschland ja einen Zollkrieg mit Rußland, Österreich-Ungarn, Amerika, England und einigen anderen Ländern durchaus nicht zu fürchten. Wer diese mutige Zuversicht nicht teilt, der wird als antinationaler Geselle und als ein Feigling, der sich vor dem Auslande fürchtet, gebrandmarkt. Es handelt sich hier aber nicht um Mut oder Furcht, sondern um die objektive Erwägung der Eventualitäten, zu denen eine Erhöhung der Getreidezölle führen kann... und der Mut, mit dem man nicht seine eigene Haut, sondern eine fremde zu Marke trägt, der Mut, mit dem die Agrarier die Interessen und Existenzgrundlagen der Industrie und des Handels aufs Spiel setzen — dieser Mut ist eine billige Tugend, vor der der Himmel diejenigen bewahren möge, denen er die Leitung der Geschicke eines großen Staates anvertraut hat.“

„Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, muß der Gedanke eines umfassenden, allen Produktionsinteressen in gleicher Weise Rechnung tragenden Zollschutzes als eine Illusion, um nicht zu sagen eine Täuschung erscheinen; und diese Wahrheit hat... ihre Bedeutung nicht nur für das Verhältnis von Landwirtschaft, Industrie und Handel, sondern auch für die einzelnen Zweige der Landwirtschaft selbst.“

Unser Rheinischer Gärtnerstag.

Aus der Stimmung der rheinischen Jahrtausendfeier heraus sollte auch unser diesjährige Gärtnerstag das Gepräge einer belehrenden und geselligen Veranstaltung erhalten. Und da man am Rhein schon wochenlang besichtigt und Feste feiert, so haben wir uns ebenfalls diesem Rahmen angepaßt und für die Veranstaltung drei Tage vorgesehen. Schon am Samstag, den 4. Juli, hatten sich zur Eröffnung in unserem festlich geschmückten Versammlungslokal eine stattliche Anzahl auswärtiger Kollegen eingefunden. Ein gut gelungener Lichtbildervortrag über die hauptsächlichsten Sehenswürdigkeiten der Jahrtausendausstellung gab den Auftakt zum historisch-wissenschaftlichen Verständnis für die Besichtigung am nächsten Tage.

Weit über 200 Kollegen, aus fast allen rheinisch-westfälischen Städten versammelten sich am Sonntag vormittags 9 Uhr vor der Messehalle und nach einer planmäßigen Aufteilung verschwand jede Gruppe mit ihrem Führer, um die rund 200 Ausstellungsräume samt ihrem Inhalt kennen zu lernen. Es dürfte unmöglich sein, im Rahmen eines kurzen Berichtes über die Eindrücke zu berichten, die man erhalten hat. Neben historisch-kirchlichen Schmuckstücken und Gemälden war die geschichtliche Entwicklung von Industrie, Handwerk und vieler rheinischer Städte aufgezeigt. In besonderen Räumen sah man Bildnisse, Übersichten und Aufstellungen aus der Entwicklung der Gewerkschaften, wobei auch unser Verband sein historisches Plätzchen aufzuweisen hatte. Trotz drückender Schwüle und größtem Andrang verließen die letzten Kollegen erst gegen 1 Uhr die Ausstellung.

Der Nachmittag diente der Bereicherung des fachlichen Wissens. Während die Vertreter der Landschaftler aus den einzelnen Städten in einem riesigen Autobus der Stadt Köln die Besichtigung der gewaltigen Gürtelanlagen vornahmen, wurden die übrigen Branchekundigen einschließlich Damen und Kölner Kollegen nach der Flora und dem botanischen Garten geführt. Kollege Scherrer, als Mann vom Fach, übernahm die Führung und verstand es meisterhaft, den Teilnehmern hochanregende Stunden zu bereiten. Befriedigt und verträglich versammelten sich in den Abendstunden Autofahrer und Florapilger im Stadtwaldlokal, wo nach etlichen gemütlichen Stunden lediglich der Geldbeutel zu entscheiden hatte, entweder wieder Pflicht und Arbeit aufzunehmen oder — ausnahmsweise — einen blauen Montag zu machen. Der Montagmorgen sah annähernd 50 Teilnehmer schon vor sieben Uhr früh den Rheindampfer besteigen, der sie einschließlich fünf musikalischer Sachverständiger ins obere Rheintal entführen sollte. Bald saßen Gruppen und Grüppchen an den Tischen und dazwischen thronten die 5 Kapellmeister und spielten so fleißig, daß die bald einsetzende Fröhlichkeit an Bord sich sogar auf die übrigen Passagiere verplante.

Godesberg, Königswinter, Drachenfels, herrliche Aussicht, gesegnete Gegend, vorbei, vorbei. Immer schöner wird die Landschaft, längst sind schon die Unterhaltungen über Gurkenbefruchtung und Cyklamenkultur verstummt, alles lauscht den Erklärungen unseres Reisemarschalls über rheinische Burgen und Schlösser. Und als das Schiff zwischen Nonnenwerth und Rolandseck vorbeirauschte, da schmetterten 50 Krautstimmen unter den Klängen der Musik das Lied vom Rolandsbogen in einer Stimmung und Begeisterung heraus, die einfach glänzend war. Noch einige Minuten herrlichste Rheinaussicht und wir waren am Ziel in Remagen, dem kleinen Rheinstädtchen angelangt. Geschlossen mit Musik ging es durch die Straßen zum ersten Aussichtspunkt, weiter nach kurzer Rast zwischen Weinbergen hindurch mitten im herrlichen Wald der Ahrplatte zu. Wunderbar war der Anblick, der sich zwischen Rebenhügeln schlängelnden Ahr, und als dann mitten in dieser sommerlichen Waldesstimmung unser Cheftrumpeter den „Postillon im Walde“ blies, waren wohl allen Teilnehmern Minuten tiefsten Erlebens beschieden. Seltenste Naturschönheit und künstlerisches Wirken, eine Kombination, die bei allen nachhaltigsten Eindruck erzielt hat.

Froh und leicht, letzteres traf besonders auf den Magen zu, ging der Abstieg zum Städtchen vor sich, wo in einem luftigen Lokal nach einem guten Mahl Fidelitas aufs Programm gesetzt wurde. Bei Musik und Tanz, Wein und Humor, einheimischen und mitgebrachten Damen schwang man Reden und ließ Raketen steigen; echte, unverfälschte rheinische Gemütlichkeit stellte sich ein. Tief bewegt gab der Senior der Teilnehmer, der 60jährige Kollege Fuhrmann aus Remscheid seiner Befriedigung Ausdruck über das gute Gelingen der Veranstaltung, richtete zugleich aber einen Appell an die jüngeren Kollegen, auch fernerhin treu und geschlossen zu unserer Organisation zu stehen.

Allzusehnlich waren die Stunden abgelaufen, als zum Rückmarsch geblasen wurde. Mit dem Lied: „Muß i denn, muß i denn...“ schieden wir aus unserem idyllischen Städtchen, das so manchem Teilnehmer vielleicht zum ersten Male das Leben von der besseren Seite gezeigt hat. Gar bald entführte uns der Dampfer aus dem Land der Rebenhügel und als in der Abenddämmerung die Silhouetten der Kölner Brücken und des Domes zum Vorschein kamen, dürfte wohl ein jeder Teilnehmer hochbefriedigt von den anregenden und genußreichen Stunden gewesen sein, die ihm der diesjährige Gärtnerstag gebracht hat.

A. Warzecha, Köln.

Lebensmittelzölle.

bedeuten Lebensmittelfteuerung,

bedeuten, daß jeder Haushalt im Durchschnitt mehr als 150 Mark, mehr als 10 Prozent seines Einkommens für die großagrarische Grundrente opfern muß,

bedeuten ein Geschenk an die Junker von mehr als 1 Milliarde Mark im Jahr,

bedeuten eine Minderung des Gesamtertrages der Volkswirtschaft,

bedeuten also nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern die Verkümmern der nationalen Arbeitskraft durch Unterernährung und ihre allgemeine Auspowerung.

Gärtnerstag München 1925.

In Nr. 11 vom 30. Mai 1925 unserer Zeitung wurde darauf hingewiesen, daß die Ortsverwaltung München im September ihr 20 jähriges Stiftungsfest feiert und ein Programm in kurzen Umrissen veröffentlicht. Mehrere Anfragen, was man bei einem Besuch in München noch sonst mit verbinden könnte, insbesondere welche Ausflüge oder evtl. Touren dabei in Betracht kommen, veranlassen mich, hier allen Kollegen kurz Sehenswürdigkeiten und Kunstgenüsse Münchens und des Bayerischen Hochlandes vor Augen zu führen und möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, alle Kolleginnen und Kollegen recht herzlich zu unserem Fest einzuladen.

Da wir mit der Ankunft der meisten auswärtigen Kollegen im Laufe des Samstags rechnen, kommt für diesen Tag evtl. noch eine kurze Besichtigung der Stadt in Betracht, um sich hierauf zu einem gemütlichen Münchener Abend zu treffen. Sonntag vormittags ist Besichtigung des Botanischen Gartens, der um diese Zeit einen selten schönen Herbstflor aufweist, wobei neben anderem besonders auf die Dahlien-, Gladiolen- und Phlox-Neuheiten hingewiesen sein soll, nicht zu vergessen die Kulturen in den umfangreichen Gewächshäusern. Falls es die Zeit erlaubt, folgt noch ein kurzer Rundgang durch den Schloßgarten Nymphenburg, dann wird es allerdings Zeit werden, ein gemeinsames Mittagsmahl einzunehmen. Nachmittags um 4 Uhr beginnt unser eigentliches Stiftungsfest in sämtlichen Räumen des Salvatorkellers mit einem gediegenen auserwählten Programm, wobei der Kollege Kaiser, jetzt Landrat in Hanau, die Festrede halten und auf die Entstehung und Entwicklung unserer Organisation in München hinweisen wird.

Wenn man nach München fährt, wird man natürlich nicht versäumen, die Sehenswürdigkeiten der inneren Stadt, sowie entweder einen kleineren oder größeren Ausflug in das nahegelegene Gebirge zu unternehmen. Die Unternehmungslust hängt natürlich davon ab, ob viel oder wenig Zeit, oder ob ein gut- oder schlechtgefüllter Geldbeutel zur Verfügung steht. Eins möchte ich hier schon einschalten: berechnet die Zeit des Aufenthaltes hier nicht zu kurz, denn es wäre schade, wieder abzureisen, ohne die markantesten Schönheiten des Bayerischen Hochlandes gesehen zu haben. Kurz zusammenfassend will ich noch auf das Verschiedene, was es zu sehen gibt, hinweisen.

Da haben wir in München, wie schon erwähnt, den Botanischen Garten und Schloßgarten Nymphenburg, die jeder Gärtner gesehen haben muß. Die Verkehrsausstellung auf der Theresienhöhe mit den neuesten Errungenschaften der Technik und des Verkehrs und das neue Deutsche Museum am Isarstrande bilden den äußeren Rahmen. Vom Deutschen Museum aus sind wir schnell im Maximilianeum und den von der Kronratsverwaltung erhaltenen Anlagen, wandern durch dieses zum Friedensengel, von dort zum Hofgarten mit dem Armeemuseum, vorbei an der Feldherrnhalle, Residenz- und Nationaltheater und kommen ins Platzl, wo das Hofbräuhaus uns zu kurzer Rast einladet. Von dort zum Marienplatz mit altem und neuem Rathaus und dann durch die Neuhauserstraße, wo wir rechts die Frauenkirche mit ihren zwei mächtigen Türmen sehen, zum Stachus am Bahnhof. Machen wir einen kurzen Ausflug ins Isartal, dann fahren wir ab Isartalbahnstation oder mit der Straßenbahn bis Grünwald und sehen dabei ein schönes Stück dessen, was die Natur uns geschenkt hat. An Ausflügen ins Gebirge sei erwähnt, ein Tour entweder nach Tegernsee oder Schliersee oder Bayrischzell mit dem Mendelstein. Wer mehr Zeit hat, fährt mit der elektrischen Staatsbahn nach Garmisch-Partenkirchen, wo er den ganzen Zauber der Alpenwelt über sich ergehen lassen kann. Dort haben wir mal die Höllentalklamm mit Zugspitze, die Partnachklamm mit dem imposanten Wetterstein; von Garmisch aus kann ja dann, je nachdem es die Zeit erlaubt, immer noch eine größere oder kleinere Tour gemacht werden, entweder Walchensee oder Königsschlösser.

So, nun hätte ich, soweit es der Platz erlaubt, kurz das geschildert, was für die Kollegen wissenschaftlich ist. Kommt nun möglichst recht zahlreich, laßt uns einmal von des Tages Arbeit rasten, die Kunst und die Natur genießen! Laßt allen Griesgram zuhause, bringt guten Humor mit, damit wir auch einmal

„zünfti, grüabi und zerm“

Tage verbringen können, die uns stets eine Erinnerung sein und bleiben werden.

Wer beabsichtigt zu kommen, möchte sich sobald als möglich anmelden, damit wir die Vorbereitungen für Unterkunft usw. treffen können.

Gruß!

L. Straub, München.

Der Konsumverein als Wirtschaftseinrichtung.

Heute wird man nur selten noch die laute Verurteilung der Konsumvereine und ihrer Bewegung hören können. Die Konsumvereine haben zu gut ihre Daseinsberechtigung und Notwendigkeit erwiesen, als daß jemand es wagen möchte, mit einem geäußerten Zweifel der Lächerlichkeit zu verfallen. Der Erstarkung der Konsumvereine steht demnach nicht der Zweifel an der Richtigkeit des Gedankens, sondern allgemeine menschliche Trägheit und Unwissenheit entgegen, wobei man der Trägheit den Vorrang einräumen muß. Wenn im Jahre 1924 die Konsumvereine des Zentralverbandes einen Umsatz von etwa 160 M. für jedes Mitglied aufwiesen, so will der sozial denkende Mensch wissen, warum es diese Summe ist und nicht eine materiell mögliche höhere Summe.

Wie man die Rechnung auch anstellen mag, immer wird man auf den Menschen mit seinen wenig entwickelten gemeinnützigen Eigenschaften stoßen, der nicht mit nach vorwärts will. Man kann darauf hinweisen, daß in der Mitgliederzahl von $3\frac{1}{2}$ Millionen, die unsere Konsumvereine nun aufweisen, ja viele Nichtkäufer stecken, daß also der Durchschnittsumsatz jedes kaufenden Mitglieds höher sei. Gewiß, so kann man sagen. Wenn man zum Beispiel annimmt, daß der Durchschnittsumsatz nicht 160 M., sondern 320 M. beträgt, so heißt das, daß die Hälfte der Mitglieder der Konsumvereine Nichtkäufer ist.

Man kann auch anders sagen: Alle Mitglieder der Konsumvereine sind Käufer und jedes Mitglied bringt es auf einen jährlichen Umsatz von 160 M. Dann zwingt sich doch sogleich die Frage auf, wo bleiben dann die Mitglieder mit dem anderen, weitaus größeren Teil ihres Einkommens. Ohne allzuweit von der Wahrheit zu bleiben, darf angenommen werden, daß das Durchschnittseinkommen aller Handarbeiter und Angestellten sich um 1500 M. bewegt. Demnach verwandelt sich etwa ein Achtel oder ein Neuntel des Jahreseinkommens in Umsatz im Konsumverein. Was geschieht mit dem Rest von sieben Achteln oder acht Neunteln des Jahreseinkommens?

Der Konsumverein kann gewiß nicht das ganze Einkommen aufnehmen. Es sind Gelder für Wohnung, Steuern, Vergnügen und auch für manche andere, sehr notwendige Dinge auszugeben, die der Konsumverein nicht schaffen kann. Den Bedarf an solchen Gegenständen decken dann eben private Geschäfte. Aber abgesehen davon, daß das durchaus nicht in dem Umfange zu sein braucht, ist doch zu sagen, daß vom Einkommen eines Arbeiterhaushalts ziemlich zwei Drittel für jene Bedarfsgüter ausgegeben werden müssen, die der Konsumverein zum Abholen bereithält. Und hier zeigt sich die Trägheit der Menschen, wenn man nicht etwa schlimmere Eigenschaften als wirksam annimmt. Da wird die Hälfte und mehr vom Einkommen gedankenlos in die privaten Geschäfte getragen und hinterher wundert man sich, wenn es diesen privaten Geschäften so gut geht und der Konsumverein bei verhältnismäßig geringem Umsatz hart arbeiten muß, um das Wohl seiner Mitglieder zu wahren. Wenn die Mitglieder es sich und ihrer Genossenschaft leichter machen wollten, bräuchten sie nur dem dummen Gerede ein Ende zu machen, der Konsumverein könne dieses und er könne jenes nicht. Der Konsumverein kann all das, was die Mitglieder von ihm fordern unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder mit ihrem Einkommen treu zum Konsumverein stehen.

Privatgärtnererei

Zum Nachdenken.

In „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“ vom 21. Mai d. J. schreibt Obergärtner M. Keilbenz auf Schloß Rheder in einer Abhandlung über Schutzkonkurrenz mit holländischen Blumenzwiebeln folgendes:

„Von uns Privatgärtner wird verlangt, daß wir deutschnational sind. Wo bleibt aber das deutschnationale Gefühl vonseiten der Herrschaften, wenn diese das Ausland durch Abnahme von solchem Schund unterstützen?“

Wir wollen darauf nur erwidern: Wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe!

Was uns Zahlen erzählen.

Eigenartige Einblicke in das Milieu der Gutsgärtner gewährt fast jede Nummer der Fachzeitschrift der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern. Bekanntlich ist nach der Theorie der Ewigkeiten und Ordnungsstützen die Familie die Urzelle oder das Fundament des Staates. Prüft man aber den Stellenmarkt der genannten Zeitschrift, so findet man immer wieder das gleiche Bild: Fast alle Güter suchen nur unverheiratete Gärtner, haben also nichts für die „Heiligkeit der Ehe“ übrig. Das ist umso auffälliger, als ja gerade auf Gütern mit ihrem Vorrat

an Lebensmitteln aller Art die Einstellung eines Verheirateten am wenigsten auf Schwierigkeiten stoßen würde. Also ist das ganze Gerede prominenter Agrarier über Förderung staatlicher Bevölkerungspolitik nur Heuchelei. Es kommt diesen Junkern hauptsächlich darauf an, erstens einen billigen Mann zu haben und zweitens selbst diesen noch nach Beendigung der Sommerarbeiten wieder an die Luft setzen zu können. Das Ganze nennt man Volksgemeinschaft!

Im Durchschnitt verschiedener Nummern des erwähnten Blattes kommen auf zehn gesuchte Unverheiratete genau achtzehn stellesuchende Verheiratete! Welche Menge von Enttäuschung, Verärgerung und Erbitterung, ganz abgesehen von materiellen Verlusten spricht aus dieser Tatsache? Würde man wohl eine mit großen Hoffnungen angetretene Stelle so schnell wieder aufgeben haben, wenn sie nur einigermaßen zu ertragen gewesen wäre oder hätte man es sich einmal träumen lassen, nach zehn- oder mehrjährigen Diensten an die Luft gesetzt zu werden, weil man jetzt zu alt ist? So mancher schöne Traum von Lebensstellung, Altersversorgung usw. ist dahin, jetzt steht das graue Gespenst der Sorge um eine neue Existenz vor der Türe. Etwaige Ersparnisse hat die Inflation aufgezehrt, nun bleibt schließlich dem Eingänger, der nichts von einer Gewerkschaft wissen wollte, weil er dort evtl. auch mit „Arbeitern“ zusammenkommen könnte und der sie auch außerdem nicht brauchte, da er ja „versorgt“ war, kein anderer Ausweg, als selbst auf seine alten Tage als Arbeiter zu gehen und er muß schließlich noch einem gütigen Schicksal dankbar sein, wenn ihn einer einstellt.

Kollegen, das ist in kurzen Umrissen der erschütternde Roman jener Zahlen, das sind die vielgepriesenen Segnungen unseres heutigen Wirtschaftssystems, dessen Änderung ihr aber selbst in der Hand habt, wenn ihr euch noch heute entschließt, ein tätiges Mitglied eurer Berufsorganisation zu werden.

Und die, die ihr es schon seid, vergeßt nicht, die Außen-seiter heran zu holen, damit sie euch nicht weiterhin hemmend im Wege stehen. Es kann nur einen Wunsch geben: Heraus aus diesen jammervollen Zuständen durch eigene Kraft!

Blumengeschäfte

Die Gärtnerin als Binderin.

In der „Bindekunst“ wird über einen Vorschlag diskutiert, die Gärtnerinnen, die bekanntlich in dem erwähnten Beruf nur schwer eine sie befriedigende Stellung finden können, der Binderei zuzuführen, die an tüchtigen Kräften Mangel leidet. Bisher haben sich eine Gärtnerin und ein Blumengeschäftsinhaber geäußert, die sich beide dem Gedanken freundlich zeigen, aber — beide ein nicht kleines Entgegenkommen voraussetzen und verlangen. Theoretisch betrachtet, erscheint der Gedanke recht glücklich, praktisch dürften sich auf beiden Seiten weniger Glückseligkeit und Erfolge ergeben. Gewiß kann und soll nicht bestritten werden, daß eine Anzahl der Gärtnerinnen wertvolle Eigenschaften, wie gute Schulbildung, Pflanzenkenntnisse u. dgl. für ihren neuen Beruf mitbringen würde, wie ja auch die meisten der männlichen Berufsangehörigen aus der Gärtnerei hervorgegangen sind. Aber daß nun die Gärtnerin, wie wir sie im allgemeinen kennen lernen mußten, ein so wertvoller und idealer Zuwachs für das Blumengeschäft sein soll, daß ihr gegenüber ganz besonderes Entgegenkommen angebracht und berechtigt wäre, möchte ich noch anzuzweifeln wagen.

Die in der „Bindekunst“ zu Worte kommende Gärtnerin hat sich bemüht, zu untersuchen, warum die meisten Gärtnerinnen als solche scheitern und hat dabei manche beachtenswerte Selbsterkenntnis gezeigt. Aber sie hat doch nicht deutlich genug das herausgearbeitet, worauf es in dieser Frage ankommt, vielleicht, weil sie die tatsächlichen Verhältnisse in der Binderei nicht so kennt, um sie und damit die Frage des Berufswechsels richtig beurteilen zu können.

Wohl 99 vom Hundert unserer Gärtnerinnen haben ihren Beruf in dem Glauben oder in der Illusion erwählt, in diesem nach dem Besuch einer Gartenbauschule und nach einer kurzen Volontärzeit eine leitende Stellung einnehmen zu können, und nur für eine solche halten sie sich gut; das ist bei Damen mit höherer Schulbildung und eventuellem Abiturium auch durchaus verständlich. Aber wenn schon die Gärtnerei mit Einschluß der Villen- und Gutsgärtnerei, die doch eine erhebliche Anzahl von Betrieben mit mehr oder minder großem Personal aufweist, kein geeignetes Tätigkeitsgebiet für solche Damen darstellt, wie kann man dann glauben, ein solches in dem bei weitem kleineren Kreise und Betriebe der Blumenbinderei finden zu können? Ich glaube, die Verhältnisse in dieser nicht falsch zu kennzeichnen, wenn ich sage: An leitenden Persönlichkeiten haben die Blumengeschäfte keinen Mangel, wohl aber an schaffenden, wirklich produktiv tätigen. Es besteht also nur für solche Gärtnerinnen die Aussicht, in der Binderei ein besseres und befriedigenderes Fortkommen zu finden, die nicht den Dünkel mitbringen, nur für eine leitende Stellung geboren zu sein, sondern die bereit sind, auch mit all den Schattenseiten, die nun einmal auch die Blumenbinderei hat, deren wesentlichste eine nicht bessere Bezahlung als die in der Gärtnerei übliche ist, sich abzufinden.

Ob die hervorgehobenen „guten Umgangsformen der gebildeten Frau“ gerade für die Kundenbedienungs eines Geschäftes ein wertvolles Rüstzeug sind, wage ich ebenso anzuzweifeln, als deren „gediegenen, angeborenen Geschmack“, denn bekanntlich ist eine wirkliche Bildung seltener als die Einbildung.

Jedenfalls garantiert selbst die gediegenste gärtnerische Ausbildung noch durchaus nicht in jedem Falle die Fähigkeit der schnellen Aneignung aller jenen Voraussetzungen, die eine gute, leistungsfähige Bänderin ausmachen.

Der Tarifvertrag für die Blumengeschäfte, der im allgemeinen eine dreijährige Lehrzeit vorsieht, läßt eine einjährige zu für solche Lernbeflissene, die bereits eine dreijährige Lehrzeit in der Gärtnerei zurückgelegt haben. Solange man auf Arbeitgeberseite eine für die Regel dreijährige Lehrzeit in der Bänderei für notwendig hält — die Arbeitnehmer erachten seit jeher eine zweijährige für ausreichend —, dürfte es als genügendes Entgegenkommen anzusehen sein, wenn Gärtnerinnen mit einem Lehrjahr Gelegenheit gegeben wird, sich für den Beruf einer Blumenbänderin vorzubereiten. Glaubt man aber auf Seiten der Geschäftsinhaber, der Gärtnerin ein größeres Entgegenkommen bezeigen zu sollen, so steht durchaus nichts entgegen, dies in punkto Entlohnung zu tun. Zeigt eine umlernende Gärtnerin sich als wertvolle Kraft, worin kann deren Anerkennung besser zum Ausdruck gebracht werden, als in einer entsprechenden Bezahlung? Diese mag dann ruhig den Lohn einer jungen Bänderin erreichen. Doch schon der erste der Herren Geschäftsinhaber, der in der „Bindekunst“ sein „bereitwilliges Entgegenkommen“ erklärt, will der Gärtnerin, nach einer umsonst zu leistenden Probezeit, eine „Vergütung geben, die ein bescheidenes Auskommen sichert“ und er empfiehlt seinen Kollegen, auch den Gärtnerinnen „freie Station“ zu gewähren“.

Das wäre ja schon ein recht viel versprechender Anfang. Wir aber glauben, daß weder der Blumenbänderin mit den Gärtnerinnen geholfen sein dürfte, die in der Gärtnerei gescheitert sind, weil man dort nicht einsehen will, daß sie nur für die Leitung der Betriebe auserwählt sind, — noch daß den Gärtnerinnen geholfen ist, wenn sie aus dem Regen der Gärtnerei sich in die Traufe der Blumengeschäfte begeben.

A. L.

Berichte

Zur Berufslage im Rheinland

bringt die „Rheinische Gärtnerbörse“ einige Blitzlichter. In einem Bericht der Gruppe Bonn des R. V. d. d. G. heißt es unter Ziffer 2: „Über die Geschäftslage äußern die Redner sich zurückhaltend, doch wurde zugegeben, daß man angesichts der wirtschaftlichen Allgemeinlage zufrieden sein könne.“ Zur weiteren Förderung der Blumenliebhaberei würden seitens der Gartenbaubetriebe dem Gartenbauverein 1000 Topfpflanzen zur Verteilung an Schulkinder übergeben. Weiter wurde für eine sogenannte Jung-Gärtner-Gruppe (Unternehmersöhne) eine Sammlung veranstaltet, die 65 M. ergab. Obergärtner Keller ermahnte diese jungen Herren, jegliche politische Diskussion von ihren Versammlungen fernzuhalten.

Jedenfalls muß er diese Leute richtig eingeschätzt haben oder er hat vergessen, daß die Väter dieser hoffnungsvollen Sprößlinge vor nicht allzu langer Zeit erst bei ihren großen Kundgebungen in Berlin mit großem Brimborium verkündeten, daß auch die Gartenbauern mehr als bisher ihre Köpfe in die Politik stecken müßten, um sich Ansehen nach außen zu erringen!

Auch Herr Rupflin, Hauptvorstandsmitglied des Unternehmervereins, hat kurz vorher in Eutin folgende Mahnung an die dort versammelten Handelsgärtner gerichtet: „Wir wollen nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Parteipolitik treiben, dadurch, daß wir bisher letztere zu wenig beachtet haben, sind wir zugrunde gegangen. Wir können nur solche Parteien unterstützen, die für unsere Interessen eintreten.“

Was ist nun richtig, wonach sollen sich die angehenden Unternehmer richten? Im übrigen kann man Herrn Rupflin nur beipflichten, allerdings unter der Voraussetzung, daß sein Grundsatz auch für uns Geltung hat und daß uns ebenfalls das Recht zugestanden wird, nur solche Parteien zu unterstützen, die unsere Interessen vertreten.

Von den Segnungen der Zollpolitik.

Ein Hauptargument unserer Gartenbauern für Schutzzölle besteht bekanntlich in der Behauptung, daß die Preise ausländischer Blumen so niedrig seien, daß darunter alle hiesigen Kulturen in abschbarer Zeit zusammenbrechen müßten. Da ist nun interessant, daß Herr Meese, der Inhaber der bekannten Schlesischen Nelkenkulturen in Falkenau, bereits im Februar d. J. in „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“ schrieb, daß die günstigen Preise, welche seit Dezember 1923 in Deutschland für Auslandsblumen erzielt wurden, zu beträchtlichen Erweiterungen der Auslandskulturen (Holland und Italien) bei-

getragen hätten, deren Folge wiederum in einem Überangebot mit billigen Preisen bestanden habe.

Vor allem hätten aber die Rosenschulen für Treibrosen Aufschläge bis zu 300 % auf die Friedenspreise genommen, die durch keine noch so hohen Betriebskosten gerechtfertigt werden könnten. Sie führten lediglich zu Absatzstockungen oder Bezug aus dem Ausland, wobei noch zu beobachten sei, daß sogar deutsche Rosen, die noch im Inland lagern, vom Ausland zu halben Preisen angeboten würden.

Anschließend fragt dann Herr Meese, ob sich denn niemand finde, der diese Preispolitik, ehe sie sich räche, verdamme.

Darauf meldeten sich in Nr. 6 von „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“ zwei österreichische Erwerbsgärtner und beantworteten diese Anfrage in wenig schmeichelhafter Weise. Der eine davon, Herr A. Geist aus Anzbach, schreibt, der mit Januar 1925 einsetzende österreichische Zolltarif verteuere die Einfuhr gärtnerischer Produkte aus Deutschland so, daß der Bezug von Rohware unmöglich würde. Dadurch würde aber zum Schaden der österreichischen Betriebe eine starke Absatzstockung eintreten.

Was für Österreich in bezug auf die verteuernde Wirkung der Zölle gilt, muß natürlich auch in jedem anderen Lande richtig sein. Man glaubt hinter dicken Schutzzollmauern der Sorge um den Bestand des Geschäfts entoben zu sein und mühelos reichliche Gewinne einheimen zu können, in Wirklichkeit gewöhnt man durch die Verteuerung dem Publikum die Anschaffung von Blumen ab und hat das Nachsehen. Auch aus der Verbesserung der Betriebe wird nichts, weil kein Anreiz, keine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Jeder Schutzzoll ist eine Art Prämie auf die bisherige Bequemlichkeit. Außerdem muß er automatisch zur Steigerung der Löhne führen, es bleibt also alles beim Alten, nur daß man eben überall mit höheren Zahlen, d. h. umgekehrt mit wertloserem Gelde rechnet.

Aus all diesen Gründen wäre es das Richtige und Zweckmäßigste, wenn überall alle Zölle allmählich abgebaut würden, um so zu einer natürlichen Konkurrenz der einzelnen Völker auf Grund ihrer verschiedenen Bodenfläche und Klimate zu gelangen.

Merkt es, Kollegen!

Der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber-Vereinigungen Bayerns (dem auch die Gartenbauern angehören), Herr Hafen, sagt in seinem Geschäftsbericht: „Die Arbeitgeberverbände im allgemeinen und der Landesverband im besonderen, die nach der Revolution gegründet wurden, traten nicht ins Leben, um in der damals noch in den Kinderschuhen steckenden Inflation die Lohnverhältnisse zu regeln. Diese Verbände waren vielmehr als Schutz- und Abwehrorganisationen gegenüber den Gewerkschaften ins Leben gerufen worden. Sie sind demnach auch solange notwendig, als die Gewerkschaften vorhanden sind und die Gewerkschaften die Möglichkeit haben, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken. Richtig ist, daß zu Beginn des Jahres 1924 die Gewerkschaften noch infolge der Inflation fast sämtlicher baren Mittel entblößt und zahlreicher Mitglieder verlustig geworden waren. Aber auch hier genigten nur wenige Monate, um die Gewerkschaften als Machtfaktor, mit dem gerechnet werden muß, wieder voll in Erscheinung treten zu lassen.“

Aus diesen Worten müssen wir die Lehre ziehen: Solange noch Arbeitgeberorganisationen bestehen, müssen die Gewerkschaften nicht nur bestehen, sondern sie müssen noch viel besser ausgebaut werden, um die gleiche Stärke und den gleichen Einfluß, wie die Arbeitgeberverbände zu erlangen.

Zusammenschluß der Landschaftsgärtner.

Anfang dieses Jahres berichteten wir von einer reichlich dramatisch verlaufenen Gründungsversammlung eines Reichsbundes für Gartenausführung, der ursprünglich nichts mit dem Reichsverband des deutschen Gartenbaues zu tun haben wollte, aber schon bei der bewußten Versammlung halb und halb in dessen Schlepptau geriet, was verschiedene ironische Artikel im „Möller“ der „Gartenwelt“ und dem „Deutschen Gartenarchitekt“ zur Folge hatte.

Nun lesen wir im Organ des Reichsverbandes vom 10. Juli, daß es letzterem doch noch gelungen ist, die Landschaftsgärtner gänzlich zu sich herüberzuziehen. Der Reichsbund ist dem Reichsverband ab 1. Juli d. J. als „Fachausschuß für Gartenausführungen“ angegliedert worden und erhält sogar einen eigenen Geschäftsführer. Damit ist nun so ziemlich alles in diesem Gebilde, was mit dem Wort Garten irgendwelchen Zusammenhang hat, vom Villenbesitzer als Auftraggeber bis zum Landschaftler als Ausführenden. Also die berühmte Kreuzung zwischen Nähmaschine und Nachtigall. Alles weitere bleibt abzuwarten, denn es ist bekanntlich leichter, einen Mann zu bekommen, als auf die Dauer zu fesseln.

Gartenbauwoche 1925, Nordhausen a. Harz. 12. bis 20. September 1925.

Die Vorarbeiten für die hiesige Gartenbau-Woche, veranstaltet von der Gruppe N. Thüringen und Eichsfeld, sind im vollen Gange. Die Anmeldungen laufen rege, ein Zeichen für das Vertrauen und den festen Willen zum guten Gelingen. Für Aussteller Anmeldeschluß 1. Aug. Geschäftsstelle: H. Schmidkunz, Nordhausen a. Harz, Osterstr. 17.

Rundschau

Wirtschaftskrisis und Gewerkschaftsforderungen.

Alle drei Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften haben eine gemeinsame Entgegnung auf die Eingabe der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler vom 12. Mai 1925 verfaßt und ebenfalls der Reichsregierung übersandt. Diese Denkschrift enthält eine eingehende Widerlegung der dortigen Behauptungen und ist sehr flüssig geschrieben. Da es unmöglich ist, auf alle darin enthaltenen Gedankengänge hier einzugehen, empfehlen wir unseren Lesern den Bezug durch unseren Verband.

Der ADGB. zu den Vorgängen in China.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in einer Sitzung mit den Vorgängen in China beschäftigt. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der chinesischen Arbeiter, die in den unter fremder Leitung stehenden Fabriken beschäftigt sind, erinnern an die schlimmsten Zeiten des Frühkapitalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In den Bergwerken Schantung wird bis zu 20 Stunden unter Tage gearbeitet. In Glasfabriken werden kleine Knaben bis zu 17 Stunden täglich beschäftigt. Weder in Schanghai noch im übrigen China gibt es Vorschriften, die die Kinderarbeit beschränken, auch nicht in den englischen und japanischen Spinnereien. In den englischen Spinnereien ist nicht einmal die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren verboten. Man hat nur „Schritte unternommen“, um der Anregung der „Kommission für Kinderarbeit“ gerecht zu werden, damit wenigstens diese dürftige Schutzvorschrift befolgt wird. Die englische Regierung mußte im Unterhause selbst zugeben, daß die Arbeitsverhältnisse in China beklagenswert sind.

Dieses soziale Elend, das der Arbeiter Europas in den ersten Jahrzehnten der technischen Revolution am eigenen Leibe erfahren hat, wird jetzt zum Schicksal des chinesischen Proletariats. Die Erbitterung über das menschenunwürdige Dasein, das es über Männer, Frauen und Kinder verhängt, ist die eigentliche und berechtigste Ursache der Unruhen, in deren Verlauf allein in Schanghai 21 Chinesen von der internationalen Polizei getötet und 65 verwundet wurden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht den chinesischen Kameraden, die sich gegen diese rücksichtslose Ausbeutung zur Wehr setzen, die herzliche Sympathie der deutschen Arbeiter aus und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die blutigen Ereignisse den Vertretern der europäischen Zivilisation in China das Gewissen schärfen und ihnen die moralische Verpflichtung vor Augen führen, im Einvernehmen mit der chinesischen Arbeiterschaft der Kulturschande solcher Arbeitsverhältnisse ein Ende zu machen.

Einheitsverband der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnverband und die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten haben am 27. Juni in Köln den Zusammenschluß zu einer Einheitsorganisation unter dem Namen Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vollzogen. Zum ersten Male haben sich damit Arbeiter und Beamte zum Kampfe um ihre soziale Besserstellung vereinigt. Der Zusammenschluß ist um so bedeutsamer in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, als dem Reichsbahnpersonal, Arbeiter wie Beamten, in der Deutschen Reichsbahngesellschaft der größte und mächtigste Arbeitgeber der Welt gegenübersteht. Inländische und ausländische Kapitalisten sitzen im Verwaltungsrat der Reichsbahn und bestimmen dort das Los des Reichsbahnpersonals. Einer solchen Lage gegenüber kann nur eine machtvolle Organisation die Sache der Arbeiter wahren.

Der Zusammenschluß wird schließlich noch dadurch in seiner Bedeutung erhöht, als die Schaffung von Kartellverträgen vorgesehen ist, die besonders den Organisationen des Verkehrsgewerbes eine stärkere Handlungsfähigkeit verleihen wird.

Ein interessanter Rechtsstreit.

Wie die „Görlitzer Volkszeitung“ meldet, hat das Reichsgericht in letzter Instanz eine Entscheidung gefällt hinsichtlich der Malfeiler und einer sich daraus entwickelten Schadenersatzklage.

Auf allgemeines Verlangen der Belegschaft der Glashüttenwerke, Gebr. Putzler, G. m. b. H. in Penzig, beschloß der Arbeiterrat genannter Firma für den 1. Mai 1923 Arbeitsruhe. Die Betriebsleitung setzte sich dem entgegen durch einen Anschlag in den Fabrikräumen. Es wurde Schadenersatzklage angedroht und diese schließlich auch durchgeführt. Die Firma forderte 2000 M. Die Klage durchlief alle Instanzen — Landgericht Görlitz, Oberlandesgericht Breslau und Reichsgericht Leipzig — und ist überall abge-

wiesen worden. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen wird u. a. ausgeführt, daß der Anspruch der Klägerin nicht aus den Arbeitsverträgen, sondern nur aus einer unerlaubten Handlung (§§ 823, Absatz 2, 826 BGB) hergeleitet werden könnte. In dieser Beziehung aber habe das Oberlandesgericht ohne Rechtsirrtum angenommen, daß die Beklagten in gutem Glauben gewesen seien, als sie den 1. Mai für den üblichen Arbeiterfeiertag seit der Revolution gehalten haben. Wenn die Beklagten also — wenn auch in irriger Weise — der Meinung waren, vertragsgemäß zu handeln, so kann ihnen nicht ein Vorstoß wider die guten Sitten vorgeworfen werden; aber auch mit den übrigen gesetzlichen Bestimmungen, Verstoß gegen ein Schutzgesetz usw., kann der Anspruch der Klägerin nicht begründet werden. Damit soll aber — wie der erkennende Senat des höchsten Gerichtshofes ausdrücklich hervorhebt — nicht ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung an einem bewußten Vertragsbruch und dem anschließenden Streik nicht als Verstoß gegen die guten Sitten oder nicht als schuldhafter Verstoß gegen das Betriebsrätegesetz anzusehen wäre. —

Die Bemühungen — so heißt es am Schluß der Meldung — der streitbaren Betriebsleitung sind also, wie für uns auf Grund der Sachlage von vornherein feststand, erfolglos gewesen.

Eine Frage an jeden Verbandskollegen.

In geschlossener Phalanx stehen wir in der Gewerkschaft zusammen, und die vornehmste Tugend „Solidarität“ zu üben. Seite an Seite mit den Berufskollegen kämpfen wir mannhaft, um die schlimmsten Auswüchse einer einseitigen Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Der Kampf ums Dasein, um eine bessere Lebenshaltung wird leichter, wenn er frei von den Alltagsorgen geführt werden kann. Die Sorge um die Familie, die drohende Not des Alters bedrücken oft allzu schwer den einzelnen unter uns.

Hast Du, Kollege, auch Du, Arbeitsschwester, alle Wege beschritten, um unnötiger Sorgen ledig zu werden? Über allen von uns schwebt wie ein Damoklesschwert die Gefahr, ein frühzeitiges Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit zu werden. Die Statistik redet eine deutliche Sprache und beweist, wie oft der Tod unerwartet kommt — „es reißt ihn mitten aus der Bahn, es reißt ihn fort vom vollen Leben“. Am Grabe aber stehen die Hinterbliebenen, ihres Ernährers beraubt. Ohne Hilfe — der Not preisgegeben.

Der Mann der Arbeit wird vor der Zeit alt. Dann schaltet man ihn unerbittlich von der Arbeit aus. An seiner Kraft hat Jahrzehnte hindurch Moloch Kapital gezehrt. Jetzt ist er überflüssig. Die öffentliche Mildtätigkeit muß ihn dann meistens vor dem Verhungern schützen. Almosen im Alter, nachdem ein arbeitsreiches Leben hinter ihm liegt, das ist besonders bitter.

In allen solchen Fällen zu helfen, vorzusorgen für den schlimmsten Notfall, dazu ist unsere „Volksfürsorge“ geschaffen. In ihrem Wirken wird der Gedanke der Selbsthilfe praktische Tat.

In vielen tausend Fällen konnte die Volksfürsorge bereits helfen. Beim Tode durch Unfall und Infektionskrankheiten wird die volle Versicherungssumme ohne Absolvierung einer Karenzzeit ausgezahlt. Für seine alten Tage kann sich jeder bei der Volksfürsorge ein kleines Kapital ansammeln. Die Volksfürsorge liefert die Versicherung zum Selbstkostenpreise, sie hat nur die Interessen ihrer Versicherten zu wahren. Dann aber macht sie die zusammengetragenen Kapitalien unseren eigenen Unternehmungen dienstbar; die Gelder werden als wertbeständige Hypotheken für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau usw. verwendet.

Wollt ihr das Kapital, mit dem ihr oft langwierige Kämpfe um einige Pfennige Lohn führen müßt, noch weiter stärken, so tragt eure Groschen den privaten Versicherungsgesellschaften hin. Wollt ihr euch aber eine bessere Zukunft bauen, dann müßt ihr auf allen Gebieten Solidarität üben und auch die Volksfürsorge mit allen Kräften fördern.

Flugblätter und sonstiges Propagandamaterial übermitteln auf Verlangen gern alle Rechnungsstellen und der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Soziale Lage und Prostitution.

Manche Philister sprechen gern abfällig über die Prostitution — auch wenn sie ihr in der Praxis anhängen — und andere wieder wollen sie durch Moralpredigten beseitigen. Die Wissenschaft hat aber bewiesen, daß die Prostitution eine soziale Erscheinung ist, die auf das engste mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängt. Man hat aus der Wirtschaftsgeschichte der ganzen letzten Jahrzehnte wissenschaftlich auf das genaueste bewiesen, daß die wirtschaftlichen Krisen, Teuerung usw. eine Zunahme der Prostitution bedeuteten, ja, daß die Prostitution mit der Zu- und Abnahme der Preise für Kartoffeln, Brot und Fleisch auch steigt und fällt.

Damit ist es die erste Pflicht, den wirtschaftlich-sozialen Kampf des Proletariats zu unterstützen, wenn die Prostitution abnehmen soll, und gerade die Frauen sollen durch energischen Kampf für die wirtschaftliche Hebung des Proletariats mithelfen, daß der entwürdigende Handel mit der Frau abnimmt. Die Statistik hat bewiesen, daß die wirtschaftliche Hebung diese sittliche Folgeerscheinung hat. Darum kommt es nur auf die Tat an, auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampforganisation, durch die die wirtschaftliche Hebung des Proletariats allein möglich ist.

Bekannmachungen

Berlin. Für den Fall, daß es Sonntags regnet, findet der ausfallende Unterricht im Feldmessen am folgenden Mittwoch, abends um 7/8 Uhr, statt.

Festlichkeiten.

Zehlendorf-Berlin. Am 29. August findet das 30. Stiftungsfest im „Lindenpark“, Zehlendorf-Mitte, statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet der Festausschuß.

Sterbetafel

Von den Mitgliedern der Verwaltung Groß-Berlin verstarb am 20. Juni die Kollegin **Auguste Duckat** (Bezirk Nowawes), im Alter von 65 Jahren und der Kollege **August Riebow** (Charlottenburg-Schloß), im Alter von 70 Jahren an Herzschlag.

Am 26. Juni verstarb das Mitglied unserer Verwaltung Krefeld, der Kollege **Johann Bielen** im Alter von 34 Jahren an den Folgen einer Kriegsverwundung.

Am 2. Juli verstarb das Mitglied der Verwaltung Hamburg, Kollege **H. Semmelhack** aus Bellingen, im Alter von 55 Jahren. Seit Gründung der Ortsgruppe hat er bis zur letzten Minute stets in erster Reihe gestanden.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau

Die hier angezeigten Bücher werden am vorteilhaftesten durch die Geschäftsstelle des „Gärtnerel-Fachblattes“ bezogen.

Arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin. Herausgegeben von Obermagistratsrat P. Wölböng sowie den Magistratsräten Dr. A. Neumann und Ludw. Schultz. Verlag von Franz Vahlen, Berlin W 9. Vorzugspreis 12,50 M., Ladenpreis 15 M.

Gegen das Steuerrecht. Untersuchungsergebnisse der Steuerkommission des ADGB., des Afa-Bundes und des ADB. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 1 M.

Sozialer Ratgeber. Ansprüche und Verfahren auf dem gesamten Gebiete der sozialen Versicherung. Versorgung, Fürsorge. Von Aug. Karsten. Verlag: Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Wätern Deutschlands. Berlin W 35. Preis bei Abnahme von 10 Stück 1 M. je Stück.

Berufsberatung, Berufsausslese, Berufsausbildung. Unter Mitarbeit anerkannter Fachleute herausgegeben von der Reichsarbeitsverwaltung. Verlag des Reichsarbeitsblattes, Berlin SW 61. Preis 10 M.

Die Praxis des Arbeitsrechts. Handbuch für die praktische Anwendung des Arbeitsrechts. Von Rechtsanwalt Fritz Päck und Reg.-Rat Dr. M. Weigert. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61. Preis in Ganzleinen 12 M. Arbeit und Volksklassen im Wandel der Geschichte. Band II der Gewerkschaftlichen Jugendbücherei. Von Franz J. Furtwängler, Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 1 M.

Gewerkschaften und Arbeitsrecht. Band IV der Gewerkschaftlichen Jugendbücherei. Von Clemens Nörpel. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 1 M.

Rußland. Offizieller Bericht der Englischen Gewerkschafts-Delegation nach Rußland, Nov.-Dez. 1924. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8. Preis 2,70 M.

Der Arbeitslohn und die Lohnpolitik in Rußland. Von Dr. Salomon Schwarz. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 2,80 M.

Die Internationale und Sowjetrußland. Von Karl Kautsky. Verlag I. H. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68. Preis 0,75 M.

Die Gewerkschaften im Ruhrkampf. Im Auftrage des ADGB. von Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14. Preis 4,75 M. mit 25 Prozent Rabatt.

Die Partei der Arbeit. Manifest an die Schaffenden aller Stände. Von Wilh. Beckmann. Verlag Wärschaft und Freiheit, Hamburg 5. Preis 1,10 M. Soziale Bildung. Von Dr. Th. Tschauer. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 1,20 M.

Die Urgeschichte des freien deutschen Dorfes. Von Eduard Baumgartner. Selbstverlag Salzburg. Einzelpreis 1,80 M. Bei Abnahme mehrerer Exemplare entspr. Rabatt.

Jüngste Arbeiterdichtung. Ausgewählt von Karl Bröger. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61. Preis 0,80 M.

Vierteljahrhefte der Berliner Gewerkschaftsschule. Nr. 1. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO 16. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Internationales Arbeitsrecht. Einführung von Clemens Nörpel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis 1 M.

Der entfesselte Moralist. Allerlei Eigenartiges. Herausgegeben von H. Bauer und Th. Thomas. Verlag: Union-Druckerei, Frankfurt a. M., Großer Hirschngraben 17. Preis 1 M.

Kleineres Hofgut

für gärtnerisches Unternehmen gut geeignet, gute tiefgründige Leimbodenbeschaffenheit, in einem Landstädtchen des württ. Unterlandes mit Betriebsgebäude u. 3 Zimmer-Wohnung sofort zu verpachten. Beteiligung erwünscht. Offerten erbeten unter S. T. 10328 an Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart

Für 23 jähr. jung. Mann aus gutem Hause, minderbegabt, willensschwach, wird gegen Entgeld Unterkunft u. Beschäftig. i. Gärtnerei od. Landwirtschaft gesucht. Off. u. Hp.C.1380 an Rudolf Mosse, Berlin - Hermannplatz

Schreiben ist nicht jedes Gärtners Stärke deshalb empfehlen wir den Bezug des bekannten Buches

Geschäfts-Korrespondenz für Gärtner

Eine Mustersammlung aller vorkommenden schriftlichen Arbeiten des Gärtners von Max Jubisch, 6. verbesserte Auflage. Vorzugspreis für Mitglieder 2,50 M. Ladenpreis 3.- M. Geschäftsstelle des Gärtnerfachblattes, Berlin S 42

Der Schlüssel zum Erfolg ist unsere Broschüre **Düngungstragen im Gemüsebau** von Obergärtner R. Prinz, Hamburg-Poppenbüttel

Preis: 1 Stück einschließlich Porto 30 Pfg.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Gärtnerfachblattes, Berlin S 42

Inserate

haben in der „Allgem. Deutschen Gärtner-Zeitung“ wegen der großen Verbreitung wirklichen Erfolg

Für einen Schloßgarten ca. 30 Morgen, m. Warmhaus und vielen Frühbeeten, 7 km v. größerer Stadt entfernt, 50 km von Berlin, wird

selbst. Gärtner als Pächter zu günstigen Bedingung. gesucht.

Übernahme kann sofort erfolgen. Näheres sowie Zuschriften durch den Beauftragten JOSEF WEIGAND Fürstenwalde a. d. Spree Seilerplatz 2

Bei Einkäufen bitten wir, die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Bei Bestellungen oder Anfragen bei unseren Inserenten bitten wir, stets auf die „Gärtner-Ztg.“ Bezug nehmen zu wollen!



SÜDDEUTSCHE GARTENBAU AUSSTELLUNG LUDWIGSHAFEN A/RH.

Lehranstalt für Obst- und Gartenbau Proskau O.-S. der Landwirtschaftskammer Schesien

Aufgabe der Anstalt: Gärtnergehilfen eine zeitgemäße theoret. Ausbildung und praktische Weiterbildung zu vermitteln.

Aufnahme: Anfang April und Anfang Oktober.

Dauer des Lehrganges: 1 Jahr.

Schulgeld und Pension: (Internat) z. Zt. jährlich 350,- M.

Prospekte und weitere Auskunft kostenfrei durch die Direktion